

Deutsche Leitkultur? Eine Hülse mit Sprengstoff



Petra Pau

„Bei aller Toleranz – Kathedralen müssen größer sein als Moscheen.“ Das waren Schlussworte von Edmund Stoiber. Damit schied er als Ministerpräsident von Bayern. Sein Bild ist griffig und es wird ergriffen. Sein Redenschreiber hatte gut gearbeitet. Stoiber hinterließ seine Botschaft via BILD und er wiederholte es beim bajuwarischen Stammtreff im Münchener CSU-Bierzelt. In beiden Foren fand Edmund Stoibers Vermächtnis frommen Widerhall.

„Jeder möge nach seiner Fassung selig werden.“ Das verordnete Kurfürst Friedrich Wilhelm anno 1692. Es war ein Toleranz-Edikt zu Potsdam in einem religiös zerstrittenen Europa. Er zog damit Hugenotten aus Frankreich an und er bot ihnen eine neue Heimat. Den „Fremden“ wurden Steuern erlassen. Ihre Prediger wurden hofiert. Deren Sprache wurde respektiert. Friedrich Wilhelm öffnete dereinst sein Reich, um Reichtum zu erlangen. Letztlich mit Erfolg.

Ein Nachfahre jener Zuwanderer aus dem 17. Jahrhunderts heißt übrigens Lothar. Er wickelte 1990 die DDR ab. Ein anderer Ur-Ur-Enkel der damaligen Hugenotten ist Wolfgang. Er koordiniert heute das Bundeskanzleramt. Die deutschen Wurzeln der Familie de Maizière fußen genau in jener Zeit, als ein Streit der Andersgläubigen heftig und nicht selten tödlich tobte. Heute ist wieder von einem Streit, ja von einem drohenden Krieg der Religionen die Rede.

Ein Teil dieser preußischen Geschichte – ich bin keine Verfechterin so genannter preußischer Tugenden – aber ein guter Teil dieser Geschichte wird nun aktuell wieder attackiert: ausgerechnet von Konservativen, ausgerechnet über Religionsfragen, ausgerechnet im Streit um Kulturen: „Bei aller Toleranz – Moscheekuppeln dürfen nicht höher gebaut werden als Kirchtürme.“ Das wiederholte inzwischen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Leider.

In Berlin gibt es eine ähnliche Auseinandersetzung. Eine muslimische Gemeinde will im Osten der Stadt eine Moschee bauen. Die Anrainer sind besorgt bis empört. Sie demonstrieren dagegen. Der Landesvorsitzende der CDU stand ihnen bei: „Wenn die Bürger keine Moschee wollen, dann darf keine Moschee gebaut werden.“ Friedbert Pflüger merkte nicht einmal, dass er damit das Grundgesetz in Frage stellte. Oder er wusste es und er tat es dennoch.

Leider auch Ralph Giordano. Der jüdische Autor ist eine deutsche Autorität. Er streitet gegen eine Moschee in Köln. Er wehrt sich, deswegen in die rechte Ecke gestellt zu werden. Wie Friedbert Pflüger in Berlin oder Edmund Stoiber in München auch. Dennoch finden sie am rechten Rand eifrig Zuspruch und noch schlimmer: auch inmitten der Gesellschaft. „Kathedralen müssen größer sein als Moscheen.“ Wer setzt das Maß und wie groß dürfen Synagogen werden?

Ein Kirchenmann warnt vor Gottesbezügen

Nein, nicht Friedrich März, wie zuweilen behauptet wird, Jörg Schönbohm, ebenfalls CDU, hatte die Debatte über eine „deutsche Leitkultur“ eröffnet. Das Pro und Kontra füllte seinerzeit im Feuilleton der „Berliner Zeitung“ ein ganzes Sommerloch. Jörg Schönbohm wurde in der Nähe von Potsdam geboren und er kehrte nach der Vereinigung anno 1990 dorthin zurück. „Die letzte Utopie der Linken wird auch scheitern!“ So war sein Artikel 1998 überschrieben.

Sein Aufsatz war ein Rundschlag gegen Grüne und Linke. Er war ein Plädoyer für Patriotismus und Volk. Er war ein Beitrag im damaligen Bundestags-Wahlkampf. Der wiederum drehte sich vor allem um die soziale Frage. Jörg Schönbohm konterte mit der nationalen Frage. Seither wird die Debatte über eine „deutsche Leitkultur“ immer wie-

der aufgewärmt. Und sie hat gute Chancen, höhere Weihen zu erheischen – angeblich namens der Demokratie.

Wolfgang Ullmann gehört zu den fast vergessenen Bürgerrechtlern der DDR. Er war Mitbegründer der Initiative „Demokratie jetzt“. Er war Theologe und Kirchen-Historiker, außerdem Minister der scheidenden DDR und schließlich Parlamentarier für Bündnis 90/Die Grünen in Bonn und Brüssel. Die beiden letzten Funktionen wurden ihm nicht honoriert. Seine Rente wurde ihm posthum per Gesetz gekürzt – weil er DDR-Minister war, in Wende-Zeiten.

Derselbe Wolfgang Ullmann erinnerte in einem Artikel für die Wochenzeitung „Freitag“ daran, dass Konstantinopel dereinst die Hauptstadt Europas war. Und er mahnte: „Alles Reden über eine europäische Wertegemeinschaft wird so lange phrasenhaft bleiben, so lange es nur die westeuropäischen Überzeugungen festschreiben und durch Gottesbezüge religiös legitimieren will.“ Ein Kirchenmann warnte vor Gottesbezügen und westlichen Geboten?

Wenn ich an solche Geschichten erinnert werde, dann fällt mir immer eine Rede von Willi Brandt an. Sie wird gern zitiert. „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört!“ Das sprach er Anfang der 1990er Jahre, angesichts der Ost-West-Deutschen Vereinigung. Aber das Zitat von Willi Brandt geht weiter und das Weitere enthält seine eigentliche Botschaft. Genau diese aber wird zumeist verschwiegen und vor allem: Sie wird missachtet. Willi Brandt sagte nämlich:

„Die wirtschaftliche Aufforstung und die soziale Absicherung liegen nicht außerhalb unseres Leistungsvermögens. Die Überbrückung geistig-kultureller Hemmschwellen und seelischer Barrieren mag schwieriger sein. Aber mit Takt und Respekt vor dem Selbstwertgefühl der bisher von uns getrennten Landsleute wird es möglich sein, dass ohne entstellende Narben zusammen wächst, was zusammengehört.“ Er mahnte Respekt des Westens gegenüber dem Osten an.

Mit der größten Selbstverständlichkeit müssen Ostdeutsche noch immer für weniger Geld länger arbeiten, als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Jugendliche, die heutzutage in Frankfurt/Oder eine Lehrstelle ergattern, werden noch 2070 weniger Rente beziehen, als Gleichaltrige aus Frankfurt am Main. Und ein in Afghanistan

zerschossenes Soldatenbein-Ost gilt versicherungs-politisch weniger, als ein dort zerfetztes Soldatenbein-West. Das ist Usus.

Das illustriert den „kleinen“ Ost-West-Konflikt. Auf den größeren hatte Wolfgang Ullmann verwiesen: „Wer den Osten des Kontinents verwestlichen will“, so seine Mahnung, will „die Spaltung nicht überwinden“. Das meinte er politisch und zugleich religiös. Kein Krieg der Religionen entspringt den Religionen. Das war seine erste Botschaft. Und jedwede Überheblichkeit, national oder religiös, ist undemokratisch. Das war seine zweite Botschaft.

Die Ringparabel bleibt aktuell

Sehr lange bevor ich überhaupt wahrnahm, dass es in der Bundesrepublik Deutschland ein „Abrahamisches Forum“ gibt, las ich „Nathan der Weise“. Der Klassiker von Gotthold Ephraim Lessing gehörte zur Standard-Literatur in DDR-Schulen. Das mag westlich verschulten Bundesbürgern eigenartig erscheinen. Denn Religionen hatten nach marxistisch-leninistischem Verständnis weder eine Funktion, noch eine Zukunft.

Gleichwohl gehörte „Nathan der Weise“ mit der Ring-Parabel zur Allgemeinbildung. Und Lessings Spätwerk wurde an vorzüglichen Theatern mit den besten Mimen der DDR immer wieder aufgeführt. So aufgewachsen wäre ich nie auf die Idee gekommen, einen Keil zwischen die christliche, jüdische und muslimische Religion zu treiben. Die Verfechter einer deutschen Leitkultur versuchen es dennoch – gezielt oder naiv, fahrlässig oder mit Kalkül.

Zum Beispiel in Baden-Württemberg: Dort wurde ein Fragebogen entwickelt. Mit ihm sollten Migrantinnen und Migranten auf ihre Deutschtauglichkeit getestet werden. Er wurde inzwischen zurück gezogen. Aber er verriet viel über so manche Denkweisen in deutschen Amtsstuben. Demnach sollte es nämlich eine Muslima schau finden, wenn ihr Sohn schwul ist. Und ein Muslim sollte sich freuen müssen, wenn er endlich eine Frau zur Chefin bekommt.

Seither frage ich mich: Was haben die katholischen Schwaben gegen den Papst aus Bayern? Denn Benedikt XVI. würde nie eine Frau über sich dulden und über eine lesbische Tochter darf er sich auch nicht

freuen. „Wir sind Papst!“, hieß es im April 2005 nach der Wahl von Kardinal Joseph Ratzinger zum Oberhaupt der katholischen Kirche. Die mediale Boulevard-Kultur verbreitete Stolz und erheischte Zustimmung. Zwei Jahre später blieb sie allerdings kleinlaut.

„Unser deutscher Papst“ hatte 2007 katholische Feiern nach der tridentinischen Liturgie wieder frei gegeben. Sie enthält einen Passus, der einen scheinbar überwundenen Antisemitismus wiederbelebt. Demnach möge das Gebet dazu beitragen, dass der Jude von seinen Übeln erlöst werde. Müssen Kathedralen größer sein, als Synagogen? Soll „unser Gott“ in der EU-Verfassung verankert werden? Ich halte das weder für Gott hold, noch für weise.

Auch die jüngere Geschichte spricht Bände. Bis hoch in die 1980er Jahre gab es in westdeutsch-katholischen Regionen Osterfeste, deren Höhepunkt ein Freudenfeuer war. Zum trunkenen Finale wurde eine Strohuppe verbrannt, an Juden statt. Das war Kult. Das galt als Kultur. Deutsche Leitkultur? Kurzum: Der Begriff ist verbrannt. Man sollte ihn weder künstlich, noch patriotisch wiederbeleben und schon gar nicht rechtlich etablieren.

Das Grundgesetz gilt, selbstverständlich

Alle Argumente, die ich zugunsten einer „deutschen Leitkultur“ lese, sind zwiespältig: bestenfalls gut gemeint und letztlich doch immer überheblich. Das birgt Sprengstoff. Und es lenkt ab. Zum Beispiel von den wirklichen Herausforderungen, die im Anspruch und die in der Chance „Integration“ lauern. Zumal: Wer Integration auf Benimmregeln für Zugewanderte reduziert, entwürdigt diese und beraubt sich selbst. Das ist ein Verlust-Programm für alle.

Warum dürfen zum Beispiel Vietnamesen, Südafrikaner, Australier oder Chilenen, die seit fünf Jahren oder länger hier leben, nicht wählen und gewählt werden? Nicht einmal kommunal. Sie durften es übrigens schon mal. 1990 in Berlin, weil die letzte Ost-Berliner Verfassung dies vorsah. Dieser Anspruch wurde vom Bundesverfassungsgericht kassiert. Ein Rückschritt. Ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht wurde auf ein überholtes Blutsrecht zurück gestutzt.

Alle Argumente, die ich zugunsten einer „deutschen Leitkultur“ kenne, versieben zudem. Danach bleibt in aller Regel übrig: Die deutsche Sprache ist unverzichtbar und das Grundgesetz gilt für alle. Ja, selbstverständlich! Aber wozu brauchen wir dazu ein solch hochtrabendes und obendrein auslegbares Vokabular. „Deutsche Leitkultur“ weckt Assoziationen, schlimme. Auch deshalb plädiere ich für eine vorausschauende Sicht, also für Vorsicht.

Jörg Schönbohm hatte das Wort „deutsche Leitkultur“ geprägt, ohne zu beschreiben, was er damit meint. Seither wurden Hunderte Aufsätze zum Thema geschrieben und eben so viele Reden dazu gesprochen. Scharen von Politiker, Publizisten und Philosophen mühen sich darum, die hingeworfene Hülse mit Inhalten zu füllen. Dabei schälen sich zwei Linien heraus. Die einen plädieren für eine Renaissance des Christlichen, die anderen für eine zweite Aufklärung.

Norbert Lammert (CDU), Präsident des Bundestages, hat ein ganzes Buch schreiben lassen: „Verfassung, Patriotismus, Leitkultur!“ Er ist davon überzeugt, dass christlicher Glaube und ebensolche Überzeugungen unverzichtbar sind und deshalb reaktiviert werden müssten. Der ehemalige Kulturstaatssekretär Julian Nida-Rümelin (SPD) wiederum wirbt in seinem Buch für einen neuen Humboldtschen „Humanismus“ als Leitkultur für das 21. Jahrhundert.

Beide spüren, dass die Gesellschaft etwas Gemeinsames braucht und dass die Bürgerinnen und Bürger etwas Verlässliches, einen neuen Halt suchen. Übrigens auch Gregor Gysi (DIE LINKE). Auch er glaubt, dass den Religionen künftig eine größere Rolle zuwächst. Die großen politischen Utopien sind gescheitert. Die soziale Frage stellt sich unbändig neu. Und die globalisierte Welt verliert sich im Undurchschaubaren. Das alles schreit nach einem guten Leitfaden.

Wehe, Religion oder Aufklärung werden vereinnahmt

Aber wer ist die Gesellschaft? Wieso stellt sich die soziale Frage neu? Und warum verschwindet die Politik im Nirwana? Eine Kurdin, die in Berlin-Kreuzberg nicht wählen darf, fühlt sich nicht als Gesellschaft. Ein Manager, der im Jahr 32 Millionen Euro einstreicht, versteht die soziale Frage nicht. Und ein Politiker, der sein Geschäft Aktenspielern

überlässt, verliert Vertrauen. Das aber ist Alltag und erfahrbar, von vielen und von immer mehr.

Eine deutsche oder europäische Leitkultur wird daran nichts ändern, egal, ob sie auf Christus baut oder bei Humboldt anknüpft. Damit spreche ich den Gläubigen nicht ihren Glauben ab. Und ich negiere mitnichten den Segen der Aufklärung. Beide haben ihre Wurzeln. Beide haben ihre Bestimmung. Beide liegen zuweilen im Streit. Und beide nähern sich an, wenn sie alle Menschen als Menschen deuten, als einzigartige Geschöpfe, deren Würde unantastbar ist.

Aber wehe, die Religionen oder die Aufklärung werden national oder parteipolitisch vereinnahmt. Noch bedrohlicher wird es, wenn sich eine Religion über die andere erhebt oder wenn sich eine Aufklärung klüger dünkt, als die andere. Genau das aber schwingt mit, wenn Leitkulturen gepredigt oder beansprucht werden. Mit genau dieser doppelten Überheblichkeit segnet der Präsident der USA, Georg Bush, sich und seine völkerrechtswidrigen Kriege.

Ich halte es da eher mit Heribert Prantl, dem Innenressort-Chef der Süddeutschen Zeitung. Er schrieb sinngemäß: Leitkultur hat nichts mit Abendland, nichts mit Brauchtum und nichts mit Überlegenheit zu tun. „Leitkultur ist eine Kultur des Zusammenlebens. Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte.“ Mehr nicht und nicht weniger. Das Einfache also, das so schwer zu machen ist, wie Bert Brecht einmal meinte.

Was für das kleine Deutschland gilt, sollte für das größere Europa nicht falsch sein. Übrigens selbst dann nicht, wenn es sich „abrahamisch“ verstünde. Ich finde es immer gut, wenn das Gemeinsame im Trennenden gesucht wird, im Christlichen, im Jüdischen, im Islam. Aber die wahre „eine Welt“ ist noch größer und vielfältiger. Ich stöbere übrigens auch gerne in chinesischen Weisheiten oder in indianischen Erfahrungen. Kultur ist plural oder sie leidet.

Vor zwei Jahren hatte mich derselbe Heribert Prantl übrigens überrascht. Ich schätzte ihn bis dahin als klugen Kommentator, als rechtspolitische Instanz und als bürgerrechtlichen Anwalt. Dann las ich sein Buch „Kein schöner Land ...“ Er beschrieb darin die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit. Das hatte ich von ihm nicht erwartet. Ich leiste

Abbitte. Und ich bin dankbar. Denn das Buch platzte obendrein in die Auseinandersetzung um die künftige Europäische Union.

So war es wahrscheinlich nicht gemeint. Aber das Beschriebene drängt schon zu der Frage: Wenn es in einem Kernland der EU, der Bundesrepublik Deutschland, immer unsozialer und immer unsolidarischer zugeht, was heißt das für die Verfasstheit und für die Zukunft der Europäischen Union? Und genau da lauert auch ein grundsätzliches Problem, das die Linke spaltet. Ob Pro oder Kontra EU-Verfassung, in meiner Partei war es fast immer eine 45:55-Entscheidung.

Die EU braucht eine soziale Seele

Die Einigung auf eine gemeinsame EU-Verfassung ist vorerst vom Tisch. Die Voten in Frankreich und in den Niederlanden waren mehrheitlich Nein. Und hierzulande kniffen ausgerechnet die SPD und die Grünen. Weder Kanzler Gerhard Schröder, noch Außenminister Joseph Fischer wollten mehr Demokratie wagen. Sie lehnten eine Volksabstimmung ab. So bleibt Deutschland bei direkter Mitbestimmung weiterhin ein EU-Entwicklungsland.

Das ist kein werbendes Omen für die künftige Europäische Union. Noch fataler ist, dass die EU keine soziale Seele hat. Sie hatte sie nicht in der geplanten Verfassung und sie hat sie nicht im aktuellen Grundrechts-Katalog. Und wieder stehen Linke vor einer 45-zu-55-Zerreißfrage: Verbriefte Bürgerrechte müssen sein, aber fehlende Sozialrechte sind nicht akzeptabel. Dieses Dilemma mit der EU ist aber kein Privileg der Linken. Es beschreibt weltweit eine Zukunftsfrage.

Ich habe zwei Gesellschaftssysteme erlebt: den real-existierenden Sozialismus und den real-existierenden Kapitalismus. Beide haben sich im „Kalten Krieg“ nach Kräften bekämpft. Beide Systeme dünkten sich besser, als das andere. Und beide hatten bei aller Unterschiedlichkeit letztlich denselben Makel: Sie waren unfähig oder unwillig, soziale Rechte sowie Bürger- und individuelle Freiheitsrechte gleichwertig zu gewährleisten, zumindest politisch anzustreben.

Darf das EU-Parlament in Brüssel höher sein, als der Bundestag in Berlin? Hatte der Theologe Wolfgang Ullmann Recht, wenn er vor neuen Auswüchsen des Christentums warnte? Könnte Willi Brandt eine uner-

hörte Ikone der SPD sein? Und wäre es nicht denkbar, dass die Vision einer wirklichen Europäischen Union längst wie der Turm von Pisa schwankt? Das wären ein Albtraum und zugleich eine Steilvorlage für Nationalisten und Rechtsextremisten aller Länder.

Wer falsche Fragen stellt und falsche Themen setzt, bekommt fast immer rechte Antworten. Die Forderung nach einer „deutschen Leitkultur“ legt so eine falsche und obendrein gefährliche Fährte. Sie führt zurück und nicht nach vorn. Und um im viel bemühten Architekturbild zu bleiben: Dürfen Börsen- und Bankgebäude eigentlich höher ranken als Parlamente? Diese Frage fände ich übrigens weitaus spannender, denn sie berührt das Verhältnis von Mensch und Mammon.